

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftshalle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfach Dresden Nr. 2486. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 25 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Ein-
gefaßt 100 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Karl Wehke in Röhms-Heilerau.

Nr. 230

Dresden, Montag, 1. Oktober

1928

Vor Zeppelins Standinaviens- fahrt.

Friedrichshafen, 29. September.

Nach dem gestrigen Fluge des „Graf Zeppelin“ sind die Reparaturarbeiten, vor allem die Straffung der Außenhülle, fortgesetzt worden. Die reparierte Funkenanlage hat auf dem gestrigen Fluge ausgezeichnet funktioniert. Die nächste Fahrt findet nun am Dienstag statt. Sie geht zunächst nach Berlin über Ulm, Hof,

Chemnitz, Plauen, Leipzig, Dresden, Weiskau. In Weiskau findet per Radio ein Rede-
wechsel zwischen dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Böhm und Dr. Ederer statt. Die Wetter-
aussichten scheinen günstig zu sein. Man rechnet damit, daß die erste Amerika-Fahrt des „Graf Zeppelin“ schon in der nächsten Woche stattfindet. Auf diesem Fluge soll ausschließlich das neue Blausilber verwendet werden.

Wie der Sonderberichterstatter des B. T. W. von Dr. Ederer erzählt, hat Reichsminister Dr. v. Güntard mitgeteilt, daß er wegen Arbeitsüber-
lastung leider nicht an der großen Teufelstunde-
und Nordfahrt des „Graf Zeppelin“ teilnehmen
kann, die sich über zwei Tage erstrecken würde
und damit länger dauern wird, als ursprünglich in
Aussicht genommen. Der Tag der Abfahrt wird
am morgigen Montag auf Grund der Wetter-
verhältnisse bestimmt werden. Am liebsten möchte Dr.
Ederer am Dienstag in aller Frühe aufbrechen,
um Reichspräsident v. Hindenburg zu seinem Ge-
burtsfest mit dem „Graf Zeppelin“ eine besondere
Zuflucht darzubringen. Leider sehen die Wetter-
verhältnisse sehr schlecht aus. Über dem Bodensee
gingen heute starke Witter nieder, die offenbar
die Vorläufer eines schweren Sturms sind, das vom
Kanal herüberzieht. Dazu kommt noch, daß die
Witterung sich jetzt in einem Stadium horizon-
talen Sturms befindet, die sich im Herbst aus dem
Sturm der warmen und der kalten Luft-
strömungen zu entwickeln pflegen und so lange
dauern, bis der Ausgleich beider Ströme vollzogen
ist. Unter diesen Umständen ist es nicht aus-
geschlossen, daß der nächste Aufstieg erst am
nächsten Mittwoch erfolgen kann. Im Anschluß
an diese Dauerfahrt ist noch eine besondere West-
fliegenfahrt für besondere Messungen in Aussicht
genommen, und dann wird der „Graf Zeppelin“
für die Amerikafahrt klar sein. Es werden alle
Anstrengungen gemacht, um die Fahrt so bald als
möglich anzutreten, und man rechnet jetzt mit
etwa dem 7. Oktober als spätesten Termin, vor-
ausgesetzt, daß nicht noch schwere Wetterein-
brüche aufzutreten.

Vor dem Amtsantritt des neuen Marinechefs.

Berlin, 1. Oktober.

Der nach dem Rücktritt des Admirals Jentzsch
stillsitzende Chef der Marineleitung ernannte
Vizeadmiral Dr. Raeder tritt seinen neuen Posten
dieser Tage an. Dem neuen Marinechef war
von einem Teil der Presse vorgeworfen worden,
daß er „republikfeindlich“ eingestellt sei. So habe
er sich im Januar 1920, als er Stabschef beim
Admiral v. Trotha war, am Rapp-Putsch be-
teiligt, indem er in Kiel die Bildung von Rapp-
Organisationen duldet. Außerdem wird ihm der
Vorwurf gemacht, daß während seiner Tätigkeit in
Kiel sich die krieglich ausgeprägten Beziehungen
zwischen der Reichsmarine und dem Kapitän
Ulrichs und dessen Freunden entwickelten.
Schließlich wird ihm die Verantwortung dafür zu-
geschrieben, daß Prinz Heinrich seinerzeit dem
Kapitän der Reichsmarine Kolbe auf dem Schut-
tenger „Berlin“ einen Besuch abstattete.

Wie wir hören, ist der Reichswehrminister
Groner dabei, all diesen Dingen auf den Grund
zu gehen. Schon jetzt läßt sich feststellen, daß
die Vorwürfe gegen Raeder zum größten Teil
nicht berechtigt sind und zum anderen maßlos über-
trieben sind. Die angebliche Beteiligung
des neuen Marinechefs am Rapp-Putsch
konnte höchstens darin bestanden haben,
daß Raeder von den damaligen Machenschaften
seiner Vorgänger v. Trotha gewußt habe.
Aber auch das scheint nicht der Fall zu sein, denn
Raeder ist um die damalige Zeit auf Urlaub ge-
wesen. Raeder soll sich während seiner Kieler
Tätigkeit sogar im entgegengesetzten Sinne betätigt
haben, indem er den Admiral v. Trotha zu ver-
anlassen versucht habe, den Admiral v. Dönhoff,
der während des Rapp-Putsches Stationskomman-
dant in Kiel war, nach Berlin zu versetzen, da
sein politisches Temperament gerade in jener Zeit
gefährlich hätte werden können. Admiral Raeder
soll ferner nach dem Rapp-Putsch und nachdem
er Kommandant der Offizierskation geworden war,
mit aller Umsicht sich bemüht haben, die
Reichsmarine von unwillkommenen Elementen, wie
z. B. den Vertrauensleuten des Wilking, zu
reinjigen. So gehe die Entlassung des Wilking-
mannes, Rittmeister Lieber, auf das Konto Raeders.
Für den Besuch des Prinzen Heinrich bei dem
Kommandanten des Schuttenkreuzers „Berlin“ wäre
Admiral Raeder allerdings verantwortlich zu
machen, wenn er um jene Zeit in Deutschland
gewesen wäre. Er hat sich damals aber gerade
auf einer Amerikareise befunden und von jenem
Wegzug nicht das geringste gewußt.

Die SPD.-Minister wollen in der Regierung Sitzfleisch behalten.

Severing über seine Pläne.

In einer Bundesgeneralversammlung des Reichs-
banners Schwarz-Rot-Gold in Hannover nahm der
Bundesvorsitzende Höring auch Bezug auf die
politische Lage. Dabei machte er sowohl wie der
Reichsinnenminister beachtliche Ausführungen über
die gegenwärtige Regierung. Höring betonte
unter anderem:

Das Reichsbanner habe immer gefordert, daß
in der Republik Republikaner regieren sollten,
oder, falls sie allein nicht die Macht dazu hätten,
sich so stark wie nur möglich an der Regierung
beteiligen. Es habe das Kabinett seines Kameraden
Müller als das zurzeit allein mögliche begrüßt.
Der Panzerkreuzer der Kommunisten sei
eines der schlimmsten Zeichen unserer Zeit für
alle die, die ihn mit Verdacht betrachten. Das
Reichsbanner sei gegen jeden übertriebenen
und überflüssigen Militarismus, aber es meine,
man solle den Antimilitarismus weniger im ein-
wässerten Deutschland als in den Ländern um
uns, und nicht zuletzt im waffenstarken Rus-
land, das sich zur größten Gefahr für Europa
und für die Welt heranzubilde, in erster Linie
betreiben. Deshalb lehne das Reichsbanner auch
das Volksgesetz der Kommunisten, das weiter
nichts sei als ein Volksgesetz, ab. Zum ge-
planten Volksgesetz des Stahlhelms demerte
Höring, der Stahlhelm wisse noch nicht, was sein
Volksgesetz sei, oder richtiger, was er begehren
wolle. Der Redner kam dann auf Genf zu
sprechen und sagte, dem Reichsbanner sei ein so-
fort greifbarer Erfolg nicht beizulegen gewesen.
Das sei immer noch die Folge des Mißtrauens,
das das letzte Kabinett zurückgelassen habe und
heute immer wieder einschleife werde.

Nach der Konstituierung der Generalversam-
lung mit Otto Höring als erstem Vorsitzenden er-
hielt Reichsinnenminister

Severing

das Wort, der etwa folgendes ausführte: Die

Wahrung Hörings, in der Regierung Sitzfleisch
zu behalten, sei bei ihm selbst nicht nötig. Die
republikanischen Minister könnten in der Reichs-
regierung nur dann Wertvolles und Dauerndes
für die Republik leisten, wenn sie mindestens
eine Legislaturperiode in der Reichsregierung
süßen. Nach diesem Prinzip werde er seine
Ministerkollegen beurlauben. Wer da glaube,
bei künftigen Verhandlungen um die Neubildung
der Regierung die sozialdemokratische Wählerschaft
in der Regierung zu bleiben, unsere Forderungen,
unsere republikanischen, demokratischen, sozialen
Forderungen zurückzugeben zu können, wer da
glaube, daß wir um jeden Preis in der Regie-
rung bleiben müßten, der irre. Wir würden
das Vertrauen der republikanischen Massen nicht
täuschen. Der Redner beschloß sich dann mit
der Bewegung des Jungdeutschen Ordens und des
Stahlhelms, die er als Kettstreifer der Deutsch-
nationalen bezeichnete, und fuhr u. a. fort: Jetzt
kommt es darauf an, daß wir weiter alle die
Pläne zerlegen, die der Stahlhelm gegen die
Republik auszuführen beabsichtigt. Der Stahlhelm
ist nicht anders als eine äußerliche Kräfte der
Deutschnationalen Volkspartei.

Der Stahlhelm ist nicht ernst zu nehmen. So-
weit er versuchen sollte, die Konfession wieder-
zuholen, genügt die Polizei, genügt vielleicht
jogar schon die Feuerwehr. Das Reichsbanner
war noch niemals so notwendig wie heute. Das
Reichsbanner der Kommunisten findet jetzt Nachahmung
beim Stahlhelm und bei der Deutschnationalen
Volkspartei. Die Herrschaften handeln nach dem
Grundsatz: es muß etwas gemacht werden, sie
wissen aber nicht was. Es ist sehr wohl möglich,
daß sie durch eine unvorsichtige Führung eines
Volksgesetzes den Reichsinnenminister dazu
zwingen, ihr Volksgesetz abzulehnen. Meine
Witze geht dahin, daß heute auch eine Art Volk-
gesetz aufgestellt wird: Das Verbot eines Volk-
gesetzes von gewisser Art.

große Menge an, die in den Vorhof des Sport-
palastes einbringen veruchte. Es kam zu
schweren Zusammenstößen zwischen den National-
sozialisten und den einbringenden Menge. Die
Polizei griff ein und mußte von ihren Sammi-
tupfen und auch von der Schußwaffe Gebrauch
machen. Nach den bisherigen Feststellungen sind
22 Nationalsozialisten verletzt worden, von denen
16 in die Unfallkassen des Sportpalastes ge-
bracht und sechs von der Polizei abtransportiert
worden. Zwei der Verwundeten haben ernstliche
Verletzungen erlitten. Nach den Zusammenstößen
wurden die anliegenden Straßen durch die Polizei
geräumt.

Geheimmission des Obersten Lawrence in Afghanistan?

London, 30. September.

„Daily Express“ will wissen, daß der bekannte
Oberst Lawrence, der während der zweiten Hälfte
des Weltkrieges bei dem Kaffan der Araber
gegen die Türken eine wichtige Rolle spielte, in
geheimer Mission in Afghanistan weile, um die
Verhandlungen über einen Vertrag zwischen Groß-
britannien und Afghanistan zu erleichtern. Dem
Blatt zufolge werde geglaubt, daß gegenwärtig
über einen Handelsvertrag verhandelt wird, dem
möglichst bald Verhandlungen über ein Militär-
abkommen folgen würden.

Sanierung der Kopenhagener Privatbank ohne Staatshilfe.

Kopenhagen, 1. Oktober.

Wie nach Abschluß der Sonntagsführung in der
dänischen Nationalbank gegen Mitternacht bekannt
wurde, haben die Verhandlungen der interessierten
Finanz- und Wirtschaftskreise den Erfolg gehabt,
daß genügend privates Kapital zur Verfügung
steht, die Erhaltung der Bank auch ohne Staats-
hilfe zu ermöglichen.

Außenpolitischer Kurswechsel?

Der Reichskanzler ist mit völlig leeren Händen
heimgekehrt. Alle deutschen Ansprüche fanden in
Genf eine ausgeglichene Schlichter. Selbst die
persönliche Behandlung, die Hermann Müller er-
fuhr, war ehrfurchtend und vernehmlich. Es scheint
fast, als wolle man aufgerechnet dem Sozial-
demokraten, der die Volkerverständigung und Volk-
verständigung programmatisch als außenpolitisches
Ziel vertritt, übergebührend und einbringlich fügen
lassen, daß man in den kapitalistischen Staaten
von solchen Theorien nichts hält. Deutschland
sind, sieht man von dem kleinen Ungarn ab,
völlig isoliert da, so daß selbst Staaten, die sich
bisher stets auf seine Seite geschlagen hatten, es
diesmal für ratsam hielten, von solch einer Unter-
stützung abzusehen. Das alles hat im deutschen
Volke fast ohne Ausnahme berechtigten Unwillen
ausgelöst. Hält diese Mißstimmung an, gelingt
es, sie in Dinge Bahnen zu lenken, so kann sie
für kommende Verhandlungen die Grundlage
deutscher Erfolge werden. Ein Völkerbunds-
vertreter, der sichlich von seinem Volke zum An-
führer und Förderer getrieben wird, findet willigere
Ohren, als wenn diese einbringliche Resonanz fehlt.

Aber es liegt in der Natur der Sache, daß
diese Mißstimmung nicht negativ bleiben, sondern
positiv sich entwickeln soll. So wird denn die
Reichsregierung erachtet, die Locarno-Politik aufzu-
geben, aus dem Völkerbund auszutreten und An-
schluß an andere Mächte zu suchen. Alles Forde-
rungen, die von dieser oder jener Seite als un-
umgänglich notwendig hingestellt werden, die aber
gerade deshalb eine äußerst gründliche Überprüfung
erfordern.

Nichts ist in der Politik nachteiliger als das
starre Festhalten an einmal gefassten Ideen, selbst
wenn die Voraussetzungen für diese Ideen verloren-
gegangen sind. Eine kluge Politik findet ihre
Rechtmaßigkeit wohl in dem Erkennen einer vor sich
gehenden Änderung der Grundlagen der bisherigen
Politik und dem Entscheiden an die veränderten
Verhältnisse. Nichts wäre denn auch verfehlter
als ein Festhalten unter allen Umständen an
der Locarno-Politik, selbst wenn diese und nicht
einen Schritt vorwärts bringt. Die Locarno-Politik
war so lange gut, als sie unseren berechtigten
Wünschen entgegenkam. Sie wird zurück, wenn
sie dazu nicht mehr in der Lage ist. Die angebliche
Bündnispolitik zwischen Frankreich und England, das
innige Zusammengehen beider Staaten in Genf, unter-
stützt stark die Auffassung, daß der Völkerbund Gefahr
läuft, zu einem Werkzeug beider Mächtegruppen
zu werden, das seine Spitze nicht nur gegen
Amerika, sondern auch gegen Deutschland richtet.
Wenn daher Rußland nach Austritt Deutschlands aus
dem Bunde immer härter erdnen, dann geschieht
das nicht ohne Grund. Doch so einseitig liegen
die Dinge noch nicht: noch steht nicht fest, ob es
zu dieser Bündnispolitik überhaupt kommen dürfte.
Dann aber ist Deutschland weder ein Amerika noch
ein Rußland, die beide durch geographische Lage
und ihre militärischen Machtmittel ihre Interessen
gegenüber den anderen Völkern auch ohne den
Völkerbund zu wahren vermögen. Solange das
Recht der Schutz des Schwachen bedeutet, solange
ist selbst das geringe Recht, das der Völkerbund
seinen Mitgliedern zu gewähren vermag, für das
machtpolitisch Schwache Deutschland nur unter
außergewöhnlichen zwingenden Umständen zu
entbehren. Diese besonderen Umstände, so wird
behauptet, sind gegeben. Wir könnten uns mit
Amerika, Rußland und Italien alliiert und damit
dem französisch-englischen Block ein Paroli
bieten, und uns mit Hilfe dieser Verbündeten aus
der bestehenden Zwangslage befreien.

Deutschland hat sicher die Pflicht, alle Wege
zu untersuchen und zu gehen, die es aus seiner
unhaltbaren Situation herausbringen. Nichts könnte
uns genehmer sein, als mit den genannten Staaten
in ein engeres Verhältnis zu kommen, falls sich
eine Bündnispolitik überhaupt möglich ist. Ob sie
es ist, scheint vorberhand noch sehr zweifelhaft.
Sicher ist die seit Jahren aufgestellte These, daß
Amerika sich für das verarmte Europa nicht inter-
essiert, falsch. Im Gegenteil, in dem Maße, wie
Amerika immer mehr Geldgeber Europas wird,
in dem Maße wächst sein Interesse an den euro-
päischen Staaten. Aber heute läßt sich Amerika